

Fraktionsgemeinschaft ÜB / FDP:

Gedanken zum Haushalt der Stadt Dachau für das Jahr 2024

(von Dr. Peter Gampenrieder, Manuskript für den 12.12.2023)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Als Fraktionsgemeinschaft Überparteiliche Bürgergemeinschaft / FDP möchten wir unsere Gedanken zur Haushaltssatzung 2024 unter den Begriff „Konsens“ stellen.

Letztes Jahr waren wir sanft optimistisch mit unserem Wunsch: *„Wir geben trotz allem die Hoffnung nicht auf, der Stadtrat möge sich zur Mitte der Stadtratsperiode ein wenig von seinem Lagerdenken emanzipieren. Vielleicht ist dann auch wieder der ein oder andere echte inhaltliche Konsens möglich.“*

Leider hat sich dieser Wunsch nicht wirklich erfüllt. Inspiriert, das Thema Konsens erneut aufzugreifen, hat mich der beeindruckende Besuch von Joachim Gauck am 6. Oktober im Ludwig-Thoma-Haus.

In seinem Buch *„Erschütterungen: Was unsere Demokratie von außen und innen bedroht“* schreibt der Bundespräsident a.D. auf Seite 220: *„Gute Führung schafft Mehrheiten und Handlungsspielraum durch Argumente und ermöglicht Konsense, deren Notwendigkeit die meisten akzeptieren können.“* Dies vor dem Hintergrund, das breite demokratische Spektrum von progressiv bis hin zu konservativ möge in Summe wachsen und nicht die linken und rechten Ränder.

Es ist genau die Konsensfähigkeit, die der Welt, unserem Land, aber auch unserer Stadt droht, abhanden zu kommen. Egal ob fürchterliche Kriege und Krisen auf der Welt, quälende bundespolitische Debatten oder vergleichsweise einfache Fragen von lediglich örtlicher Bedeutung: *„Erst das Land, dann die Partei“* scheint immer weniger zu gelten.

Auch Dachau macht da keine Ausnahme. Ich möchte auf drei Beispiele eingehen:

Informationspolitik zum Neubau des Hallenbads

Dass wir ein echtes Problem haben, ist inzwischen bundesweit bekannt. Wir sind in unserer Naivität davon ausgegangen, dass sich gerade deshalb der Werkausschuss und der Stadtrat in nahezu jeder Sitzung damit öffentlich befassen wird.

Auch wenn der Oberbürgermeister gerne daran erinnert, in wie vielen Sitzungen das Thema Hallenbad in den letzten Jahren auf der Tagesordnung stand: in letzter Zeit hat sich das Hallenbad im öffentlichen Teil rar gemacht. Nur auf einer von 8 Sitzungen des Jahres 2023 stand es öffentlich auf der Tagesordnung des Werkausschusses. Auf wiederholter Nachfrage unter „Verschiedenes öffentlich“ haben wir meist mehr oder weniger minimalistische Antworten erhalten. Wer schon mal gebaut hat weiß: von einer Baustelle gibt es immer etwas zu berichten. Auch hätten wir uns gewünscht, dass der Werkausschuss in einer Sondersitzung die Präsentation vorab besprechen kann, die der Öffentlichkeit Ende Juli gezeigt wurde.

Wir sitzen beim Thema Hallenbad alle in einem Boot und tragen Verantwortung. Eigentlich sollte eine Art selbstverständlicher Konsens herrschen wie wir gemeinsam ans Ziel kommen. Davon ist derzeit leider nur wenig zu spüren.

Umgang mit den Stellenplänen bei der Stadt und den Stadtwerken

Um es kurz zu machen: die progressive Mehrheit weiß, was sie will. Diskussionen, ob man statt mit einer neuen vollen Stelle erstmal nur mit einer halben anfängt, laufen noch immer häufig ins Leere. Auch ein Versuch des Auskommens mit dem Vorhandenen scheint nicht erwünscht. Am Ende sind es meist irgendwelche Verpflichtungen, die uns vom Bund oder vom Freistaat aufgedrückt werden, die einer inhaltlichen Auseinandersetzung entgegenstehen.

Stellt auch ein Unternehmer bei jeder neuen gesetzlichen Verpflichtung immer gleich neues Personal ein? Liebe SPD, liebe Grüne, liebes Bündnis: natürlich machen wir

mal wieder den großen Fehler, die öffentliche Hand direkt mit der Privatwirtschaft zu vergleichen. Trotzdem ist ein „Blick über den Zaun“ erlaubt und auch berechtigt!

Um hier nicht missverstanden zu werden: natürlich wünschen auch wir uns, dass die Stadt möglichst viel bieten kann und dafür ist nun mal Personal nötig. Es fragt sich nur: muss es immer der bequeme Weg sein? Vielleicht lohnt es sich ja auch auf die Arbeitsabläufe und deren Automatisierungsgrad zu schauen. Da die stetig steigenden Personalausgaben den Verwaltungshaushalt immer mehr in Schieflage bringen, sind aus unserer Sicht mehr inhaltliche Konsense nicht nur wünschenswert, sondern auch zwingend notwendig.

Ideologische Leuchtturmprojekte am Beispiel MVG-Mietradsystem

Es ist ein bezeichnendes Bild, dass einige Landkreismunicipalitäten eine Beteiligung klar ablehnen, während dies bei der Stadt Dachau im Umwelt- und Verkehrsausschuss mehrheitlich als großer Schritt gesehen wird. Kritische Nachfragen zu den Vorteilen speziell für die Stadt Dachau und den hohen Kosten wurden dort lange belächelt. Uns war klar: entweder irren die kritisch gestimmten Landkreismunicipalitäten oder wir.

Zum Glück hat der Haupt- und Finanzausschuss das Thema im Zuge der Etatberatungen erst mal auf Eis gelegt. Auch heute mussten wir uns wieder damit befassen. Wahrscheinlich hüpfert das Mietradsystem wie der „Haushalts-Streich-Evergreen“ Armabehälter gleich nach Weihnachten wieder aus der Versenkung. Was wir für die Verkehrspolitik in Dachau brauchen ist ein breit getragener Konsens und keine ideologisch geprägten Leuchtturmprojekte.

Einige unter Ihnen werden jetzt sicher fragen: wozu die Kritik an Details wenn es doch um den Haushalt als Ganzes geht? Weil der Haushalt die Summe aller Beschlüsse des laufenden Jahres darstellt. Und da geht es um Wesentliches und auch um Kleinigkeiten. Jedenfalls steckt von vielen Seiten viel Mühe um Konsens, aber eben nicht durchgehend echter Konsens drin.

Erfreulich ist aus unserer Sicht jedenfalls, dass – trotz einiger schmerzlicher Streichungen – viele Bauprojekte im schulischen und sportlichen Bereich auf den Weg gebracht werden können. Auch sind wir froh darüber, dass es sich die Stadt noch immer leisten kann, weiterhin freiwillige Leistungen im gesellschaftlichen, kulturellen und sportlichen Bereich anbieten zu können. Wir hoffen, dass es so bleibt!

Unsere Stimmen werden dem Haushalt 2024 weder zur Zustimmung noch zur Ablehnung verhelfen. Daher stimmen wir auch als Zeichen unserer unveränderten Konsenswilligkeit zu, auch wenn wir inhaltlich an manchen Stellen echte Magenschmerzen haben.

Natürlich darf – bei allen politischen Meinungsverschiedenheiten – eines nicht fehlen: unser großer Dank an alle Beschäftigten bei der Stadt, den Stadtwerken, der Stadtbau und der VHS. Wir wünschen Ihnen allen eine schöne verbleibende Vorweihnachtszeit und ein frohes Weihnachtsfest!